

Michael Roberts

Ukraine – die Invasion des Kapitals

Dieser Artikel ist eine stark erweiterte und aktualisierte Version des erstmals am 13. August 2022 erschienen Blogbeitrags: thenextrecession.wordpress.com/2022/08/13/ukraine-the-invasion-of-capital/. Übersetzung aus dem Englischen: Walter Schöni.

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zieht sich über ein Jahr hin, ohne dass ein Abschluss oder eine Beilegung in Sicht wären. Es überrascht nicht, dass sich die Wirtschaft der Ukraine in einem desolaten Zustand befindet. Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) ging 2022 um mehr als 30 Prozent zurück und die Arbeitslosenquote liegt bei 35 Prozent (Constantinescu u. a. 2022, Blinov/Djankov 2022, Nationalbank der Ukraine 2022).

Alle ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten brauchten lange Zeit, um das BIP pro Kopf und das Einkommensniveau wieder zu stabilisieren. Die Ukraine jedoch hat schon in der Zeit vor dem Krieg nie wieder das Niveau von 1990 erreicht. Die Wirtschaftsleistung der Ukraine war zwischen 1990 und 2017 nicht bloss schlechter als in den europäischen Nachbarländern, sie war die fünftschlechteste weltweit. Zwischen 1990 und 2017 gab es nur achtzehn Länder mit einem negativen kumulativen Wachstum, und selbst in dieser ausgewählten Gruppe lag die Ukraine mit ihrer Leistung im unteren Drittel, zusammen mit der Demokratischen Republik Kongo, Burundi und Jemen (Tooze 2022).

Und der Schaden, den die russische Invasion der ukrainischen Wirtschaft zufügt, ist immens. Ein ukrainischer Wirtschaftswissenschaftler

schätzt den Schaden, den die Kriege in den Jahren 2014 und 2022 verursacht haben auf 1,36 Billionen US-Dollar. Davon entfallen 680 Milliarden US-Dollar auf Verluste zwischen 2014 und 2021; 155 Milliarden US-Dollar werden für 2022 erwartet und die restlichen 525 Milliarden US-Dollar für die Jahre 2023 bis 2026 (Tsyrennikov 2022). Dabei wird davon ausgegangen, dass das ukrainische BIP im Jahr 2022 nur um weitere 30 Prozent sinkt – es könnte aber auch schlimmer kommen (Statista 2023).

Hilfe vom Westen

Kürzlich stimmten ausländische Privatgläubiger dem Ersuchen des Landes zu, die Zahlungen für Auslandsschulden in der Höhe von rund 20 Milliarden US-Dollar für zwei Jahre auszusetzen. Dies ermöglicht es der Ukraine, einen Zahlungsausfall bei ihren Auslandsschulden zu vermeiden. Anders als bei anderen «aufstrebenden Volkswirtschaften», die sich in einer Schuldenkrise befinden, sind die ausländischen Anleihenbesitzer offenbar bereit, der Ukraine zu helfen – wenn auch nur für zwei Jahre (FOX 2022).

Doch selbst dieser Aufschub der Schuldenrückzahlung wird nicht ausreichen. Die Ukraine hat seit der Invasion 19 Milliarden US-Dollar an Reserven verloren (Brooks 2022). Ausländische Gelder decken nur einen Bruchteil des daraus resultierenden Defizits ab. Einheimische Investoren sind wegen der Inflation nicht daran interessiert, ukrainische Anleihen in der Landeswährung zu kaufen. Daher ist die Kreditaufnahme bei der Nationalbank der Ukraine, das heisst das Drucken von Geld, zum letzten Mittel der (inflationstreibenden) Kriegsfinanzierung geworden.

«Die einfachste Möglichkeit, den Krieg zu finanzieren, ist, ausländische Hilfe zu erhalten», sagte der ukrainische Wirtschaftsminister Rodnyansky, der auch Wirtschaftsprofessor an der Universität Cambridge ist. Es müssten jedoch Anstrengungen unternommen werden, um die Ausgaben zu senken, Steuern zu erheben und Schulden zu machen, um den ganzen Aufwand zu finanzieren (Clyne 2022).

Nach Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft haben die USA der Ukraine 112 Milliarden US-Dollar zugesagt. Davon sind 45 Milliarden US-Dollar im jüngsten Haushalt bereits enthalten. Auch die EU beteiligt sich gemäss ihrem Beschluss für 2023 mit einem neuen Makrofinanzhilfe-Paket in der Höhe von 18 Milliarden Euro. Nimmt man alle EU-Institutionen und Mitgliedstaaten zusammen, so beläuft sich ihre zugesagte Unterstützung für die Ukraine auf insgesamt knapp 52 Milliarden Euro (Pari 2022).

Und das reicht nur, um die Dinge am Laufen zu halten. Die Wiederher-

stellung der ukrainischen Wirtschaft und der Wiederaufbau dürften, so die Annahme für die nächsten fünf Jahre, mindestens 500 Milliarden US-Dollar kosten. Das ist etwa ein Prozent des jährlichen BIP der EU oder 0,75 Prozent des BIP der G7-Staaten – im Minimum. Der Marshallplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa belief sich 1948 auf etwa 14 Milliarden US-Dollar, was heute etwa 450 Milliarden US-Dollar oder zwei Prozent des BIPs der USA ausmacht. Der Plan von 1948 bestand sowohl aus direkten Zuschüssen als auch aus Darlehen. Die Hilfe machte zwischen 1948 und 1951 etwa drei Prozent des gesamten BIP der Empfängerländer aus, was eine Steigerung des Wachstums des BIP um weniger als ein halbes Prozent bewirkte (Sandbu 2022). Die Ukraine wird viel mehr benötigen.

Ein absehbares Problem besteht darin, dass die russischen Streitkräfte die Kontrolle über die ukrainischen Ressourcen an Energie (Kohle), Metallen und Mineralien im Wert von mindestens 12,4 Billionen US-Dollar erlangt haben, abgesehen von den landwirtschaftlichen Flächen (Cabr 2022). Sollte es Putins Streitkräften gelingen, das während der russischen Invasion besetzte ukrainische Land zu annektieren, würde Kiew dauerhaft fast zwei Drittel seiner Rohstoffvorkommen verlieren. Moskau kontrolliert derzeit 63 Prozent der ukrainischen Kohlevorkommen, 11 Prozent des Erdöls, 20 Prozent des Erdgases, 42 Prozent der Metalle und 33 Prozent der seltenen Erden (Evans 2022).

Jeder mit westlichem Kapital finanzierte Wiederaufbau trifft somit auf ein grosses Hindernis. «Die Ukraine hätte nicht nur einen Grossteil ihres Territoriums und ihrer Ressourcen verloren, sondern wäre auch ständig weiteren möglichen Angriffen Russlands ausgesetzt», so Jacob Kirkegaard, Mitarbeiter am Peterson Institute for International Economics in Washington. «Niemand, der bei klarem Verstand ist, auch kein privates Unternehmen, würde in den Rest der Ukraine investieren, wenn daraus ein eingefrorener Konflikt wird.» (Faiola/Bennett 2022)

Die Ukraine hat bereits unter ständigen Bombardierungen und militärischen Angriffen gelitten, bei denen Tausende von Zivilist:innen starben und Millionen von Menschen aus ihren Häusern fliehen und sogar das Land verlassen mussten. Wenn Russland seine Kontrolle über die bisherigen Gebietsgewinne behalten sollte, wäre der mit westlichem Kapital finanzierte Wiederaufbau der Ukraine als unabhängiger Staat in Gefahr.

Die Übernahme des Landes

Die postsowjetische Ukraine verfügt mit ihren 32 Millionen Hektar fruchtbarer Schwarzerde (bekannt als «Cernozëm») über ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Europäischen Union. Die «Kornkammer Europas», wie sie genannt wird, produziert jährlich 64 Millionen Tonnen Getreide und Saatgut und gehört zu den weltweit grössten Erzeugern von Gerste, Weizen und Sonnenblumenöl (von der Weltproduktion an Sonnenblumenöl entfallen etwa 30 Prozent auf die Ukraine) (Gittins 2022).

Obwohl in der Ukraine ein Moratorium für Landverkäufe an Ausländer:innen bestand, kontrollierten im Jahr 2016 zehn multinationale Agrarkonzerne bereits 2,8 Millionen Hektar Land. Heute sprechen einige Schätzungen von 3,4 Millionen Hektar, die sich in der Hand von ausländischen Unternehmen und ukrainischen Unternehmen mit ausländischen Fonds als Anteilseignern befinden. Andere Schätzungen gehen von bis zu 6 Millionen Hektar aus. Das Moratorium für den Verkauf, dessen Aufhebung das US-Aussenministerium, der IWF und die Weltbank wiederholt gefordert hatten, wurde schliesslich von der Regierung Selenskyj im Jahr 2020 aufgehoben, noch vor einem für 2024 geplanten endgültigen Referendum zu diesem Thema (Celada 2022).

Im Jahr 2024 werden juristische Personen in der Ukraine für Transaktionen mit Flächen von bis zu 10 000 Hektar zugelassen sein, und zwar im Rahmen einer landwirtschaftlichen Gesamtfläche von 42,7 Millionen Hektar. Das entspricht der Fläche des Staates Kalifornien oder ganz Italiens! Olena Borodina vom ukrainischen Netzwerk für ländliche Entwicklung kommentierte, dass «Agrarindustrie und Oligarchen die Hauptnutznießer einer solchen Reform sein werden ... [Dies] wird die Kleinbauern nur weiter marginalisieren, und es birgt die Gefahr, dass sie von ihrer wertvollsten Ressource abgeschnitten werden» (Borodina 2020).

Die Weltbank schwärmt von der Öffnung der ukrainischen Schlüsselindustrie für kapitalistische Unternehmen: «Dies ist ohne Übertreibung ein historisches Ereignis, das durch die Führung des ukrainischen Präsidenten, den Willen des Parlaments und die harte Arbeit der Regierung ermöglicht wurde.» (Banerji 2021)

Privatisierung der Wirtschaft

Jetzt, wo der Krieg fort dauert, verstärken westliche Regierungen und Unternehmen ihre Pläne, die Ukraine und ihre Ressourcen in das kapitalistische Wirtschaftssystem des Westens einzubinden. In einer Reihe von Berichten

hat die Wirtschaftsbeobachtungsstelle des Oakland-Instituts dokumentiert, wie die ukrainische Wirtschaft durch ausländisches Kapital übernommen wird, sogar mitten im Krieg. Der Plan zur Übernahme der ukrainischen Ressourcen durch europäisches und US-amerikanisches Kapital hat den Konflikt mindestens teilweise provoziert – zuerst den Aufstand auf dem Maidan, dann den Semi-Bürgerkrieg und die Annexion der Krim durch Russland.

Wie das Oakland Institute dargelegt hat, wurde im Jahr 2001 ein Moratorium für den Verkauf von Land an Ausländer:innen verhängt, um die unkontrollierte Privatisierung zu begrenzen. Seitdem ist die Aufhebung dieser Bestimmung ein Hauptziel westlicher Institutionen. So stellte die Weltbank bereits 2013 ein Darlehen in der Höhe von 89 Millionen US-Dollar für die Entwicklung eines Programms für Beurkundung und Grundbucheintragen bereit, das für die Kommerzialisierung von staatlichem und genossenschaftlichem Land benötigt wird (Oakland Institute 2014, 5). In den Worten eines Weltbankpapiers von 2019 war das Ziel eine «Beschleunigung privater Investitionen in die Landwirtschaft» (World Bank 2019). Diese Vereinbarung, die damals von Russland als Hintertür zur Erleichterung des Markteintritts westlicher multinationaler Unternehmen angeprangert wurde, beinhaltet die Förderung «moderner landwirtschaftlicher Produktion [...], einschliesslich des Einsatzes von Biotechnologien», sie sieht also die Öffnung ukrainischer Felder für Kulturen von gentechnisch veränderten Organismen vor (Celada 2022).

Im Juli 2021 trafen sich hochrangige Vertreter:innen der USA, der EU, Grossbritanniens, Japans und Südkoreas in der Schweiz zu einer sogenannten Ukraine Reform Conference (URC), deren Agenda sich ausdrücklich darauf konzentrierte, dem Land politische Veränderungen aufzuzwingen, und dabei folgende Vorgaben machte: «Stärkung der Marktwirtschaft», «Dezentralisierung, Privatisierung, Reform staatlicher Unternehmen, Landreform, Reform der staatlichen Verwaltung» und «euroatlantische Integration» (URC 2021). Die Agenda war eigentlich eine Fortsetzung der Ukraine-Reformkonferenz von 2018 in Kopenhagen. Diese hatte betont, wie wichtig es sei, den grössten Teil des verbliebenen öffentlichen Sektors der Ukraine zu privatisieren; das ultimative Ziel der Reform sei «der Verkauf staatlicher Unternehmen an private Investoren», verbunden mit der Forderung nach «Privatisierung, Deregulierung, Energiereform, Steuer- und Zollreform». Der Bericht von 2018 beklagt, dass die «Regierung der grösste Vermögensbesitzer der Ukraine ist» und stellt fest: «Die Reform der Privatisierung und der staats-eigenen Unternehmen ist lange erwartet worden, da dieser Sektor der ukrainischen Wirtschaft seit 1991 weitgehend unverändert geblieben ist.» (URC 2018, 26, 7)

Dabei muss man wissen, dass die Pläne der Ukraine-Reformkonferenz von 2018 ursprünglich von den meisten Ukrainer:innen abgelehnt wurden. Eine Meinungsumfrage ergab, dass nur 12,4 Prozent die Privatisierung staatlicher Unternehmen befürworteten, während 49,9 Prozent sie ablehnten (URC 2018, 27).

Ein Krieg lässt jedoch alles in einem anderen Licht erscheinen. Der IWF besteht mit Unterstützung der Regierung Selenskyj darauf, im Interesse der «Effizienz» und der Bekämpfung der «Korruption» eine umfassende Privatisierung der Banken und Staatsunternehmen durchzuführen: «Obwohl in Kriegszeiten Regierungen üblicherweise die Regie übernehmen bei der Zuteilung von Ressourcen, erfordern die ukrainischen Verhältnisse eher marktorientierte Zuteilungsmechanismen, um kosteneffiziente Lösungen zu gewährleisten, welche die staatlichen Kapazitäten nicht überfordern, bestehende Probleme wie die Korruption nicht verschärfen oder (unversteuerte) Schwarzmarktaktivitäten nicht fördern. Zu diesem Zweck sollte das Ziel darin bestehen, eine weitgehende, radikale Deregulierung der Wirtschaftstätigkeit zu verfolgen, Preiskontrollen zu vermeiden und eine produktive Umverteilung der Ressourcen zu erleichtern.» (Georgieva 2022)

Die Ukraine Recovery Conference vom Juli letzten Jahres bekräftigte die Pläne, wonach die ukrainische Wirtschaft vom Kapital übernommen werden soll, was die Regierung Selenskyj uneingeschränkt billigte. Zum Abschluss des Treffens verabschiedeten alle anwesenden Regierungen und Institutionen eine gemeinsame Erklärung, die sogenannte Erklärung von Lugano. Diese Erklärung wurde durch einen «Nationalen Wiederaufbauplan» (National Recovery Plan) ergänzt, der von einem von der ukrainischen Regierung eingerichteten Nationalen Rat für Wiederaufbau (National Recovery Council) ausgearbeitet worden war (Ukraine's National Recovery Plan 2022).

In diesem Plan wird eine Reihe kapitalfreundlicher Massnahmen befürwortet, darunter die «Privatisierung nicht kritischer Unternehmen» und die «definitive Überführung von staatseigenen Unternehmen in private Konzerne» (UNRP 2022, 9). Als Beispiel wird der Verkauf des staatlichen ukrainischen Kernenergieunternehmens EnergoAtom angeführt. Um «privates Kapital in das Bankensystem zu locken», fordert der Plan zudem die «Privatisierung von staatseigenen Banken» (ebd., 32).

Abbau der Arbeiter:innenrechte

In einem Aufruf zum Abbau des Arbeitsschutzes greift das Dokument die übriggebliebenen arbeitnehmerfreundlichen Gesetze in der Ukraine an, von

denen einige noch aus der Sowjetzeit stammen. Der Nationale Wiederaufbauplan beklagt «veraltete Arbeitsgesetze, die zu komplizierten Einstellungs- und Entlassungsverfahren, Überstundenregelungen usw. führen». Als Beispiel für die angeblich «veraltete Arbeitsgesetzgebung» kritisierte der vom Westen unterstützte Plan, dass Arbeiter:innen mit einem Jahr Berufserfahrung in der Ukraine eine neunwöchige «Kündigungsfrist für betriebsbedingte Entlassungen» gewährt wird, verglichen mit nur vier Wochen in Polen und Südkorea (UNRP 2022, 31).

Aus internen Dokumenten, die 2021 an die Öffentlichkeit gelangten, geht hervor, dass die britische Regierung ukrainische Beamt:innen darin schulte, wie man eine widerspenstige Öffentlichkeit davon überzeugen kann, dass es richtig sei, Arbeitnehmerrechte aufzugeben und gewerkschaftsfeindliche Massnahmen umzusetzen (European Public Service Union 2021). In den Schulungsunterlagen wird beklagt, dass die öffentliche Meinung auf die vorgeschlagenen Reformen überwiegend negativ reagierte, aber es wurden auch kommunikative Strategien vermittelt, um die Ukrainer:innen für die Unterstützung der Reformen zu gewinnen.

Im März 2022 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Notstandsgesetz, das es den Arbeitgeber:innen erlaubt, Tarifverträge auszusetzen. Im Mai verabschiedete es ein dauerhaftes Reformpaket, mit dem die grosse Mehrheit der ukrainischen Arbeiter:innen vom ukrainischen Arbeitsrecht ausgenommen wird; es betrifft alle, die in kleinen und mittelgrossen Unternehmen arbeiten (Guz 2022).

Das Gesetz, das 70 bis 80 Prozent der Beschäftigten des Landes den Schutz des nationalen Arbeitsrechts verweigert, wurde im August von Präsident Selenskyj unterzeichnet. Der ukrainische Arbeitsrechtler und Aktivist George Sandul beschrieb das Endziel der Wiederaufbaupläne als eine «Dystopie im Stil von Mad Max», in der «jeder auf eigene Faust und ohne jegliche Regeln verhandeln wird» (Guz/Rowley 2022).

Während die Arbeitnehmendenrechte in der «neuen Ukraine» abgeschafft werden sollen, zielt der Nationale Wiederaufbauplan darauf ab, Unternehmen und Wohlhabende durch Steuersenkungen zu unterstützen. Der Plan weist darauf hin, dass der Anteil des Steueraufkommens am BIP in der Ukraine bis zu 40 Prozent ausmacht, und bezeichnet dies im Vergleich zu seinem Vorbild Südkorea als «ziemlich hohe Steuerlast». Er fordert daher eine «Umgestaltung des Steuerwesens» und «die Prüfung von Möglichkeiten zur Senkung des Anteils der Steuereinnahmen am BIP» (UNRP 2022, 31).

Deregulierung der Entwicklung

Im Dezember 2022 verabschiedete das ukrainische Parlament im Eiltempo radikale Änderungen des Planungsrechts (Kolesnichenko 2022). Die überwiegende Mehrheit der Bauwirtschaft unterstützte die Änderungen, aber Journalist:innen, Architekt:innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens schlugen Alarm. Die neuen Vorschriften, die noch vor dem Krieg ausgearbeitet worden sind, werden der ukrainischen Bauindustrie nie dagewesene Befugnisse einräumen. Das Gesetz schränkt die Möglichkeiten, historische Gebäude unter Schutz zu stellen oder eine Immobilie in kommunales Eigentum zurückzuführen, erheblich ein.

Weiter wurde auf der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine im Juli 2022 der Bericht *Ukraine Reform Tracker* vorgestellt. Der Bericht drängt darauf, die «ausländischen Direktinvestitionen» internationaler Unternehmen zu erhöhen, anstatt Ressourcen in Sozialprogramme für die ukrainische Bevölkerung zu investieren (The Economist 2022, 6). Der Tracker-Bericht betont die Bedeutung eines entwickelten Finanzsektors und fordert die «Beseitigung übermässiger Vorschriften» und Zölle (ebd., 8). Er spricht sich dezidiert dafür aus, die «Liberalisierung der Landwirtschaft» voranzutreiben, um «ausländische Investitionen anzuziehen und das einheimische Unternehmertum zu fördern», sowie rechtliche Verfahren zu «vereinfachen», um es «kleinen und mittleren Unternehmen» zu erleichtern, «durch den Kauf und die Investition in staatseigene Vermögenswerte zu expandieren», wodurch nach einer Beilegung des Konflikts «ausländischen Investoren der Markteintritt erleichtert wird» (ebd., 15).

Auch wird die Privatisierung staatlicher Banken gefordert: «Wenn der Krieg einmal vorbei ist, wird die Regierung nicht darum herumkommen, eine substanzielle Reduktion des Anteils der staatseigenen Banken ins Auge zu fassen, damit auch die Privatisierung der «Privatbank», des grössten Kreditgebers des Landes, und der Oshchadbank, eines grossen Verwalters von Renten und Sozialleistungen.» (ebd., 15–16)

Es gibt auch weniger explizit kapitalfreundliche Interventionen, etwa von Seiten halb-keynesianischer westlicher Wirtschaftswissenschaftler:innen. In einer aktuellen Zusammenstellung des Center for Economic Policy Research (CEPR) schlagen verschiedene Ökonom:innen «Makroökonomische Massnahmen für die Ukraine in Kriegszeiten» vor. Darin betonen die Autor:innen zu Beginn, dass «die Krise in der Ukraine kein typisches makroökonomisches Anpassungsprogramm» erfordere, das übliche IWF-Paket aus fiskalischer Austerität und Privatisierungsforderungen also nicht anzuwenden sei (Becker u. a. 2022a, 1). Aber nach vielen Seiten wird klar, dass sich ihre

Vorschläge kaum von denen der Ukraine Recovery Conference unterscheiden. Aus ihrer Sicht «sollte das Ziel darin bestehen, eine umfassende und radikale Deregulierung der Wirtschaftstätigkeit zu verfolgen, Preiskontrollen zu vermeiden, die Zusammenführung von Arbeit und Kapital zu erleichtern und die Verwaltung der beschlagnahmten russischen und anderer sanktionierter Vermögenswerte zu verbessern» (ebd., VIII).

Die Ökonominnen und Ökonomen wollen «die Marktmechanismen für die Zuteilung von Ressourcen stärken. Die Preise sollten schrittweise liberalisiert werden, um Engpässe [...] zu vermeiden und die Produktion zu fördern. Flexiblere Arbeitsverträge sollten zugelassen werden, um eine rasche Umverteilung der Arbeitskräfte zu ermöglichen, was nichts anderes heisst als das in der Kriegszeit eingeführte Regime beizubehalten» (Becker u. a. 2022b, 18).

Die Autor:innen halten sogar die bereits eingeführten Gesetze zur «Landreform» für unzureichend: «Es wird immer noch zu sehr eingeschränkt, wer in der Ukraine Land besitzen darf. Eine weitere Liberalisierung dieses Marktes ist unerlässlich, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen.» Was die beiden grössten staatseigenen Banken der Ukraine betrifft, so sind sich die Ökonom:innen einig: «Die Privatisierung dieser Banken und ihre Übernahme durch ausländische Bankengruppen kann die Gelegenheit bieten, den Zugang der Ukraine zu den internationalen Kapitalmärkten zu verbessern.» (ebd., 23, 25)

Die EU und die Kontrolle der Investitionen

Die CEPR-Ökonom:innen setzen sich für eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union ein. In ihren Worten: «Es spricht viel dafür, dass Europa bei der Koordinierung der Hilfe und bei Entscheiden auf höchster Ebene die Führung übernehmen sollte, da seine wirtschaftlichen und sozialen Anreize eng mit denen der Ukraine abgestimmt sind.» (ebd., 5)

Ganz im Sinne des Mainstreams fordern die Ökonom:innen die Einrichtung einer neuen, der EU angegliederten Agentur, die «dazu beiträgt, ein Abdriften von der ursprünglichen Mission zu vermeiden, die Bürokratie und Trägheit bestehender Institutionen abzubauen und den Einfluss politischer Kräfte zurückzubinden» (ebd., 9), mit anderen Worten: jegliche demokratische Kontrolle zu beseitigen. Stattdessen «sollte die Leitungsstruktur der Agentur (zum Beispiel der Exekutivausschuss) die wichtigsten Akteure (zu denen auch die Ukraine gehört) repräsentieren und technokratischer Natur sein» (ebd., 10).

Aber es sieht ganz so aus, dass die USA den Fuss in die Tür bekommen werden – noch vor Europa. Das ukrainische Wirtschaftsministerium hat eine Vereinbarung mit Blackrock unterzeichnet, der weltgrößten Investmentgesellschaft, um «eine spezielle Plattform zu entwickeln, die privates Kapital anzieht für den Wiederaufbau und die Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft» (Ministry of Economy of Ukraine 2022). Die erste Stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin der Ukraine, Yuliia Svyrydenko, meinte nach der Unterzeichnung des Memorandums: «Wir hoffen, dass diese <Wiederaufbau-Plattform> zu einem wirksamen Instrument wird für die Mobilisierung von Investitionen in die Schlüsselsektoren unserer Wirtschaft.» (ebd.)

Damit offenbart die ukrainische Führung den Preis, der für die vorübergehende Freigiebigkeit ausländischer Gläubiger zu bezahlen ist: Ausländische multinationale Konzerne und Regierungen werden die Kontrolle über die ukrainischen Ressourcen übernehmen und sie ohne jede Einschränkung dem Zugriff ausländischen Kapitals unterwerfen. Die Übernahme der Ukraine durch (hauptsächlich ausländisches) Kapital wird damit besiegelt. Das Land darf nun mit der Rückzahlung seiner Schulden beginnen und so dem westlichen Imperialismus neue Profite bescheren.

Literatur

- Banerji, Arup, 2021: Ukraine's Land Reform. In: Ukrinform (online verfügbar)
- Becker, Torbjörn / Eichengreen, Barry / Gorodnichenko, Yuriy / Guriev, Sergei / Johnson, Simon / Mylovanov, Tymofiy / Rogoff, Kenneth / Weder di Mauro, Beatrice, 2022a: A Blueprint for the Reconstruction of Ukraine. London
- Becker, Torbjörn / Eichengreen, Barry / Gorodnichenko, Yuriy / Guriev, Sergei / Johnson, Simon / Mylovanov, Tymofiy / Rogoff, Kenneth / Weder di Mauro, Beatrice, 2022b: A Blueprint for the Reconstruction of Ukraine. London
- Blinov, Oleksiy / Djankov, Simeon, 2022: Measuring Ukraine's Private Consumption during the War. In: VOXeu (online verfügbar)
- Borodina, Olena, 2020: International Monetary Fund leverages COVID-19 economic fallout to create a land market in Ukraine despite widespread opposition. In: Farmlandgrab (online verfügbar)
- Brooks, Robin, 2022: Ukraine's FX reserves. twitter.com/RobinBrooksIIF/status/1588924538263592960 (Abfrage 17.2.2023)
- Butsa, Yuriy, 2022: Ukraine creditors agree to 2-year payment freeze on \$20bn foreign debt. In: Financial Times (online verfügbar)
- Cebr, 2022: The New Voice of Ukraine. In: Cebr (online verfügbar)
- Celada, Luca, 2022: The truth about corporations taking over Ukrainian agricultural lands. In: il manifesto (online verfügbar)
- Clynch, Harry, 2022: Zelensky's Economic Advisor: «The economy is vital». In: Disruption Banking Magazine (online verfügbar)
- Constantinescu, Mihnea / Kappner, Kalle / Szumilo, Nikodem, 2022: Estimating the short-term impact of war on economic activity in Ukraine. In: VOXeu (online verfügbar)
- Evans, Brian, 2022: Russia now controls at least \$12.4 trillion worth of Ukraine's energy, metal and mineral deposits, report says. In: Markets Insider (online verfügbar)
- European Public Service Union, 2021: Leaked documents show UK government supports anti-union labour reform Ukraine – undermining European Union policy. In: EPSU (online verfügbar)

- Faiola, Anthony / Bennett, Dalton, 2022: In the Ukraine war, a battle for the nation's mineral and energy wealth. In: Washington Post (online verfügbar)
- FOX, 2022: Ukraine receives 2-year debt freeze from overseas creditors. In: Fox Business (online verfügbar)
- Georgieva, Kristalina, 2022: Remarks of the Managing Director. In: IMF News (online verfügbar)
- Gittins, William, 2022: What is Ukraine known for? In: as (online verfügbar)
- Guz, Serhiy / Rowley, Thomas, 2022: Ukraine could abandon key labour principle as part of EU drive. In: Opendemocracy (online verfügbar)
- Guz, Serhiy, 2022: Ukraine's new labour law could «open Pandora's box» for workers. In: Opendemocracy (online verfügbar)
- Kolesnichenko, Oleksandr, 2022: Ukraine Prepares To Give Free Rein to Property Developers. In: Scheerpost (online verfügbar)
- Ministry of Economy of Ukraine, 2022: Ministry of Economy signed a Memorandum with the world's largest investment company. Kiev
- Nationalbank der Ukraine, 2022: Inflation Report.
- Oakland Institute, 2014: Walking on the West Side. Oakland
- Pari, Marianna, 2022: Macro-financial assistance for Ukraine in 2023. www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2022/739203/EPRS_ATA(2022)739203_EN.pdf (Abfrage 17.2.2023)
- Statista, 2023: Real gross domestic product (GDP) growth rate from 2012 to 2022. www.statista.com/statistics/1258213/gross-domestic-product-gdp-growth-rate-in-ukraine/ (Abfrage 17.2.2023)
- Sandbu, Martin, 2022: Ukraine needs an ambitious new Marshall Plan from Europe. In: Financial Times (online verfügbar)
- The Economist 2022: Ukraine Reform Tracker. In: The Economist (online verfügbar)
- Tooze, Adam, 2022: Permanent crisis or Black Earth agro-giant? Alternative futures for Ukraine. adamtooze.substack.com/p/chart-book-81-permanent-crisis-or. (Abfrage 17.2.2023)
- Tsyrennikov, Viktor, 2022: A trillion-dollar question. What Russia owes Ukraine. In: Cepr (online verfügbar)
- Ukraine Reform Conference (URC), 2018: Reforms in Ukraine. Progress and Priorities. Copenhagen
- Ukraine Reform Conference (URC), 2021: Vilnius, 7–8 July 2021
- Ukraine's National Recovery Plan (UNRP), 2022: Ukraine's National Recovery Plan. Lugano
- World Bank, 2019: Ukraine. Program-for-Results on Accelerating Private Investment in Agriculture. In: World Bank News (online verfügbar)